

Jung sieht große Ausbildungserfolge in Afghanistan

Offensive bei Kundus soll innerhalb einer Woche enden / „Zeit für diese Eskalation“

löv. BERLIN, 22. Juli. An der Operation „Adler“ gegen Aufständische in der Nähe von Kundus, die seit dem vergangenen Sonntag andauert, sind 900 afghanische Sicherheitskräfte und 300 deutsche Soldaten beteiligt. Ziel sei es, binnen einer Woche Kontrolle über das Gebiet zu gewinnen und zu wissen, „was vor sich geht“, sagte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Schneiderhan, am Mittwoch in Berlin. Nach den Worten von Verteidigungsminister Jung (CDU), der gemeinsam mit Schneiderhan zum Ende der Legislaturperiode eine Bilanz für sein Ressort zog, zeige diese von der afghanischen Armee geführte Operation, „wie weit wir in der Ausbildung der Afghanen vorangekommen sind“. Die afghanische Militärführung war es auch, die der Operation den Namen „Oqab“ (Adler) gegeben hat.

Bei dem Vorgehen gehe es darum, den Schutz der Wahllokale vorzubereiten, sagte Schneiderhan weiter. Im August findet die Präsidentenwahl statt. „Das muss auch klargemacht werden, dass wir willens und in der Lage sind, den Schutz zu gewährleisten“, sagte er. In der Operation hatten die deutschen Soldaten erstmals ihre Schützenpanzer „Marder“ und Mörser im scharfen Schuss eingesetzt. Außerdem leiteten sie vom Boden aus die Luftunterstützung durch ein amerikanisches Kampfflugzeug und durch eine Kampfdrohne. „Es war an der Zeit, diese Eskalation vorzunehmen“, sagte Schneiderhan. Allerdings gab es seit Sonntag keine Feuergefechte mehr mit deutscher Beteiligung.

Der General wies darauf hin, dass die Aufständischen bei Kundus seit März dieses Jahres „ein etwas militärähnlicheres Vorgehen“ hätten. Statt nur Sprengsätze zu zünden, ließen sie jetzt die Konvois auf Sperrern auflaufen, um sie dann von der Seite mit Panzerfäusten und Gewehren un-

ter Feuer zu nehmen. „Jetzt setzen sie die Waffen, die sie haben, etwas intelligenter ein.“ Darauf habe man reagieren müssen. Schneiderhan wies aber Forderungen nach „schwereren“ Waffen wie Kampfpanzern oder Haubitzen zurück. „Unser Problem ist nicht die Feuerüberlegenheit.“

In der nördlichen Provinz Takhar wurde am Mittwoch ein afghanischer Mitarbeiter der Welthungerhilfe durch eine Mine getötet. Drei Personen wurden verletzt.

Wegen der veränderten Lage soll nach Darstellung Jungs und Schneiderhans die Taschenkarte für die Soldaten „angepasst“ werden. Die Taschenkarte fasst die Einsatzregeln, die sich die Nato für die Isaf gegeben hat, in einem Faltblatt zusammen. Nach den Worten Schneiderhans ist die Taschenkarte ein „intellektuelles Lineal“, anhand dessen ein militärischer Führer im Einsatz seine Leute vor einer Operation noch einmal darauf einstimmen könne, wie sie vorgehen dürften. „Wir brauchen einfache Leitlinien für Soldaten, die nicht in trockenen Konferenzräumen, sondern unter Lebensgefahr handeln“, sagte Schneiderhan. Derzeit werde die Taschenkarte in Abstimmung zwischen der militärischen Führung und der Rechtsabteilung des Ministeriums überarbeitet. Nach Darstellung des Generalinspektors handelt es sich also um eine Routineanpassung bei veränderter Lage. Mahnungen, die Taschenkarte schränke die Handlungsmöglichkeiten der Soldaten zu sehr ein, die seit langer Zeit vor allem aus den Reihen der FDP im Bundestag erhoben worden waren, bezeichnete Schneiderhan als „Gespensterdebatte“.

Als Beispiele für mögliche Änderungen nannte Schneiderhan, dass ein Abschnitt zum Vorgehen bei einer demonstrierenden Menschenmenge, der auf Erfahrungen aus dem Kosovo beruhe, entfallen solle. Auch müsse in der Karte

nicht mehr der Warnruf „Halt oder ich schieße“ in drei Sprachen verzeichnet werden. „Das war gut gemeint, aber nicht realistisch.“ Schneiderhans Worte ließen aber offen, ob die bisherige Bestimmung ganz entfallen soll, nach der (außer bei unmittelbarer Notwehr) vor einem Waffeneinsatz ein Warnruf und ein Warnschuss erfolgen müssen. Schneiderhan versicherte, dass auch bisher schon die militärischen Führer im Einsatz alle Waffen hätten einsetzen dürfen, die sie für nötig gehalten hätten. „Es gibt keine neue Befehlslage, es gibt eine neue Lage.“

Der Bundestagsabgeordnete Stinner (FDP) kritisierte die Ausführungen Schneiderhans. Der Begriff „Gespensterdebatte“ gehe an der Tatsache vorbei, dass eine Änderung der Taschenkarte von einer großen Mehrheit im Verteidigungsausschuss gefordert werde, sagte Stinner dieser Zeitung. Es sei widersprüchlich, wenn einerseits Mörser und Scharfschützen eingesetzt werden dürften, andererseits aber an einer Pflicht zum Warnruf festgehalten würde. Der Abgeordnete Schäfer (Die Linke) kritisierte Jung und Schneiderhan im entgegengesetzten Sinne. „Die derzeitige Offensive der Bundeswehr im Kundus ist ein einziges offenes Eingeständnis des bisherigen Misserfolgs des Kriegseinsatzes der Bundeswehr“, befand Schäfer. Die verstärkt angeforderte Unterstützung durch Kampfflugzeuge werde „vor allem afghanische Zivilisten“ treffen. Der Grünen-Abgeordnete Nachtwei vermisste eine „ehrliche Bilanzierung“ der Auslandseinsätze. „Die große Koalition tut viel zu wenig, um den eklatanten Rückstand bei den zivilen Fähigkeiten zum Krisenmanagement abzubauen.“